

Droht eine gesellschaftliche Spaltung?

BETTINA KOHLRAUSCH

Immer wieder wird infolge der Krisen, welche die Welt in den letzten Jahren erschüttert haben, die Frage aufgeworfen, ob eine gesellschaftliche Spaltung drohe. So gelten Auseinandersetzungen um die Klimapolitik, aber auch schon um das „Gendern“, häufig als Beispiele für hierzulande zunehmend unversöhnlicher werdende gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen. Allerdings finden sich kaum empirische Belege für die Annahme, dass die hiesige Gesellschaft entlang gesellschaftspolitischer Fragen in zwei Lager gespalten sei. Repräsentative Befragungen zeigen ganz im Gegenteil einen breiten Konsens bei zentralen gesellschaftspolitischen Themen. So wird beispielsweise die Notwendigkeit eines verbesserten Klimaschutzes mehrheitlich ebenso anerkannt wie auch die Sorge um die Folgen sozialer Ungleichheit angesichts einer wachsenden Schere bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen geteilt wird. Gleichwohl gibt es unterschiedliche Einschätzungen bezüglich der konkreten Bewertung vorhandener Krisen und Ausprägungen bestehender Ungleichheit. Denn bestehende soziale Ungleichheiten sind nicht mit gesellschaftlicher Spaltung gleichzusetzen, wenn sie nicht groß werden. Wann und ob die soziale Ungleichheit zu groß geworden ist, wird hingegen kontrovers diskutiert.

Ist es folglich angesichts solcher offenen Kontroversen und ungelöster Fragen alarmistisch, das Risiko einer gesellschaftlichen Spaltung zu thematisieren? Sind die weit verbreiteten Sorgen um eine Spaltung der Gesellschaft unberechtigt? *Wann* ist eine Gesellschaft eigentlich gespalten?

Ich möchte zwei Aspekte vorschlagen, die relevant sind, um gesellschaftliche Spaltungsprozesse zu bewerten: Einerseits droht gesellschaftliche Spaltung, wenn ein substanzialer Teil der Bevölkerung sich nicht mehr zu gesetzeskonformen und im sozialen Handeln eingeübten demokratischen Praktiken bekennt, staatlichen Institutionen misstraut und für das politische Handeln leitende, demokratisch agierende politische Lager übergreifende Sichtweisen nicht mehr teilt. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn infrage gestellt wird, dass es sich bei dem Krieg in der Ukraine um einen Angriffskrieg Russlands handelt oder dass Corona eine gefährliche, tendenziell lebensbedrohliche Krankheit ist – und beides in Verschwörungserzählungen umgemünzt wird. Andererseits besteht eine gesellschaftliche Spaltung, wenn Einkommen und Vermögen so verteilt sind, dass ein substanzialer Teil der Bevölkerung von materieller Teilhabe ausgeschlossen ist. Kurz gesagt: Eine Gesellschaft ist gespalten, wenn jene Mechanismen nicht mehr greifen, die soziale und demokratische Integration gewährleisten.

Und in der Tat gibt es Anhaltspunkte für solche Desintegrationsprozesse, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß: Laut einer Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, die seit April 2020 in bislang sieben Erhebungen die Arbeits- und Lebensbedingungen von Erwerbspersonen in Deutschland erfasst (<https://www.wsi.de/de/datenzentrum-informationen-zur-erwerbspersonenbefragung-32066.htm>), stimmten 9 % der Befragten Verschwörungsideen in Bezug auf den Ukrainekrieg zu und 12 % waren ambivalent. D.h. rund ein Fünftel lehnt Verschwörungserzählungen nicht grundsätzlich ab. 17 % unterstützten Aussagen, die Geflüchtete aus der Ukraine abwerten. Parallel zeigte sich bereits im April 2022 eine Zunahme an finanziellen und wirtschaftlichen Sorgen und Belastungen. Rund ein Viertel der befragten Erwerbspersonen gab an, die eigene finanzielle Situation „äußerst stark“ oder „stark“ belastend zu finden und sich „große Sorgen“ um die eigene wirtschaftliche Situation zu machen. Damit sind die Sorgen und Belastungen infolge des Kriegs in der Ukraine und der Inflation größer als auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie. Besonders problematisch ist, dass diese finanziellen Belastungen vor allem jene Haushalte treffen, die bereits während der Corona-Pandemie überdurchschnittlich häufig Einkommenseinbußen hinnehmen mussten.

Hieraus speist sich, wie die Befragung zeigt, eine Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung, gepaart mit einem schwindenden bis hin zu geringen Vertrauen in staatliche Institutionen. Letzteres war im gesamten Befragtensample im Vergleich zum Oktober 2021 rückläufig. So gaben nunmehr über 40 % der Erwerbspersonen an, gar kein oder nur wenig Vertrauen in die Bundesregierung zu haben. Dies sind Hinweise auf eine grundlegende politische Entfremdung, die – das zeigen komplexere statistische Analysen – von finanziellen Sorgen und Belastungen getrieben ist. Gleichzeitig besteht ein Zusammenhang zwischen politischer Entfremdung und der Bereitschaft, Verschwörungserzählungen zu glauben und/oder Geflüchtete aus der Ukraine abzuwerten.

Vor dem Hintergrund der großen finanziellen Belastungen, denen die Menschen aufgrund der aktuellen und voranschreitenden Inflation, insbesondere angesichts der gestiegenen Preise bei Grundbedarfen wie Energie und Lebensmitteln, ausgesetzt sind, ist es besonders beunruhigend, dass genau solche Belastungen und damit verbundene Zukunftsängste politische Entfremdung und Zustimmung zu Verschwörungserzählungen sowie Abwertung von Geflüchteten aus der Ukraine (beides wichtige Aspekte rechtspopulistischer Einstellungen) befördern. Das Spaltungspotenzial besteht also vor allem in dem Zusammenhang zwischen finanziellen Belastungen, politischer Entfremdung und potenziell rechtspopulistischen Einstellungen. Es bleibt zu hoffen, dass die von der Regierung beschlossenen Entlastungspakete ausreichen, um den Menschen ihre finanziellen Sorgen und Ängste umfassend zu nehmen und ihr Vertrauen in politische Institutionen zu stärken. Denn es sind reale Existenznöte wie auch die Angst vor einem potenziellen sozialen Abstieg, die das Potenzial haben, die Gesellschaft zu spalten. ■

BETTINA KOHLRAUSCH, Prof. Dr., ist Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und Professorin für gesellschaftliche Transformation und Digitalisierung an der Universität Paderborn. Arbeitsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Bildungsungleichheit, Wandel politischer Einstellungen.

@ Email: bettina-kohlrausch@boeckler.de